8. BRIEFING

# Migration

Im Vorfeld des nächsten Kongresses im Juni 2019 produziert der EGÖD eine Reihe von Briefings, die sich mit den wichtigsten Arbeitsthemen der nächsten Kongressperiode befassen. Jedes Briefing liefert eine Übersicht über die jüngsten Aktivitäten des EGÖD und geht detailliert auf die Entwicklungen und Herausforderungen ein, die in den kommenden Jahren unsere Agenda bestimmen werden.

EPSU
EUROPEAN PUBLIC SERVICE UNION

Im Jahre 2015 kamen ca. 1 Million Arbeitsmigranten/-innen und Flüchtlinge aufgrund von Konflikten, Kriegen und Ungleichheit oder als Folge des Klimawandels nach Europa oder waren innerhalb von Europa unterwegs. Diese für EU-Verhältnisse große Zahl verblasst jedoch im Vergleich zu den Millionen von Flüchtlingen im Nahen Osten oder in Afrika. Trotzdem haben sich daraus erhebliche Probleme für öffentliche Institutionen und die dort beschäftigten Mitarbeiter/-innen ergeben. Leider ist die Antwort Europas und der Nationalstaaten auf die Probleme asylsuchender Menschen oft in beschämender Weise hinter den Möglichkeiten geblieben, die man von einer der reichsten Regionen der Welt erwarten könnte.

Der EGÖD hat sich nachdrücklich für einen anderen Umgang mit diesem Thema eingesetzt und die Politik der Europäischen Union kritisiert, die nach wie vor auf die Schließung von Grenzen, die Rückweisung von Flüchtlingen und die Auslagerung von Asylaufgaben an Drittländer setzt.

Der EGÖD fordert ebenfalls seit langem ein Ende der Privatisierung und statt dessen mehr öffentliche Investitionen in öffentliche Dienste, die bei der sicheren und effektiven gesellschaftlichen Integration von Migranten/-innen und Asylsuchenden eine wichtige Rolle spielen.

Arbeitsmigranten/-innen leisten in vielen europäischen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung öffentlicher Dienste. Dieser Beitrag muss endlich anerkannt werden.

**Jan Willem Goudriaan**
EGÖD-Generalsekretär

# Migration

## Die wichtigsten bisherigen Initiativen

- **Zusammenarbeit mit EGB und PSI zum Aufzeigen von Alternativen zur Politik der Europäischen Union und der einzelstaatlichen Regierungen**
- **Beschreibung der Situation der Beschäftigten, die Dienstleistungen für Migranten/-innen und Flüchtlinge erbringen, und Unterstützung des Aufbaus eines neuen Netzwerks für einen intensiveren Austausch zwischen den Beschäftigten**
- **Beauftragung von Studien, um auf die Unterfinanzierung von Migrations- und Flüchtlingsdiensten und die negativen Auswirkungen der Privatisierung hinzuweisen**

Der EGÖD kritisiert seit jeher die Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und hat diese Kritik im Jahre 2015 verschärft, als Hunderttausende Flüchtlinge ihr Leben riskiert haben, um nach Europa zu gelangen. Im April 2015 hat der EGÖD-Exekutivausschuss eine Erklärung mit einer Reihe unabdingbarer Forderungen angenommen, darunter:

- Sofortige Wiederaufnahme der von der EU finanzierten Such- und Rettungsaktionen;
- Bereitstellung gut ausgebildeter MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes in ausreichender Zahl in den Zentren zur Aufnahme von Flüchtlingen und zur Bearbeitung von Asylanträgen;
- Intensivere Bemühungen, um Asylsuchenden und Flüchtlingen geeignete Lebensbedingungen zusichern zu können;
- Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention und Bereitstellung sicherer und legaler Routen für die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten; weiterhin die Erhöhung der Anzahl von Anerkennungen des Flüchtlingsstatus;
- Sofortige Aufhebung der Dubliner Verordnung, nach der Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen müssen, in dem sie ankommen. Damit werden Grenzländer über Gebühr belastet.

Im weiteren Verlauf des Jahres hat der EGÖD gemeinsam mit seiner Schwesterorganisation PSI (Internationale der Öffentlichen Dienste) vor und nach der außerordentlichen Sitzung des Rates Justiz und Inneres am 14. September zwei Erklärungen veröffentlicht. In diesen wird eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Länder in der Europäischen mit Unterstützung eines personell ausreichend ausgestatteten öffentlichen Dienstes gefordert.

Beide Organisationen haben bereits mehrfach zusammengearbeitet, das erste Mal 2016 gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und Flüchtlingsorganisationen, als sie den Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei verurteilten und auf einer Großveranstaltung in Brüssel den Ausstieg aus diesem Deal forderten. EGÖD und PSI haben ebenfalls den Weltflüchtlingstag 2016 genutzt und die europäischen Staats- und Regierungschefs aufgefordert, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Während des gesamten Jahres hielt der EGÖD an seiner äußerst kritischen Einstellung gegenüber der Asyl- und Migrationspolitik der EU fest, die weiterhin auf verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen, die Zurückweisung von Asylsuchenden und die Verlagerung der Asylprobleme auf Drittländer in Afrika und dem Nahen Osten setzt. Briefings zum EU-Gipfel im Juli und die Rede von Kommissionspräsident Juncker vor dem Europäischen Parlament zur Lage der Union im September 2018 haben auf das Versagen der EU hingewiesen, eine auf Menschenrechten basierende Lösung dieses Problems zu finden.

Der EGÖD hat ebenfalls die Initiative ergriffen und auf die Rolle der Gewerkschaften und der Beschäftigten in den Diensten hingewiesen, die Migranten/-innen und Flüchtlinge begrüßen, unterstützen und ihre Rechte verteidigen. 2016 hat der EGÖD ein gemeinsames Seminar mit PSI organisiert, das mit Hilfe der schwedischen Mitglieder und des Europäischen Gewerkschaftsinstituts finanziert wurde und auf dem es um die Rolle der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aus Sicht der Herkunfts- und der Aufnahmeländer in Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten ging.

2018 hat der EGÖD seine spanischen und italienischen Mitglieder bei Initiativen unterstützt, bei denen es in erster Linie um die Perspektive der Beschäftigten geht, die in den Anlaufstellen arbeiten und Dienstleistungen für Migranten/-innen erbringen. An zwei großen Veranstaltungen in Melilla (der spanischen Enklave in Marokko) und Palermo auf Sizilien haben Hunderte von Beschäftigten teilgenommen, die in Migrationsdiensten arbeiten, an der Suche und Rettung von Flüchtlingen auf See beteiligt sind, die Gesundheitsversorgung organisieren, in Aufnahmezentren tätig sind und Asylanträge bearbeiten.

Im Anschluss an diese Veranstaltungen hat sich der EGÖD auf die Einrichtung eines Netzwerks für die Arbeitnehmer/-innen geeinigt, die für die Aufnahme von Migranten/-innen und Flüchtlingen zuständig sind. Das Netzwerk will europäische Strukturen stärken, Beschäftigte bei der Bereitstellung öffentlicher Dienste unterstützen, die die Würde von Asylsuchenden und Migranten/-innen respektieren, und eine Plattform für die Diskussion der Migrationspolitik und der politischen Entwicklung auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene bieten. Am 18. März 2019 hat der EGÖD gemeinsam mit den EP-Fraktionen Sozialisten & Demokraten, Grüne und GUE/NGL ein Treffen im Europäischen Parlament veranstaltet. Mehrere Europaabgeordnete haben das UE Care-Netzwerk begrüßt und sich vielen der politischen Forderungen des EGÖD angeschlossen.

Der sektorale Sozialdialog bietet Gelegenheiten, gemeinsam mit den Arbeitgebern besonders in den Kommunal- und Regionalverwaltungen etwas zu unternehmen. 2014 haben der EGÖD und die Arbeitgeberorganisation RGRE gemeinsame Leitlinien zur Migration und zur Bekämpfung von Diskriminierungen in Kommunal- und Regionalverwaltungen unterzeichnet. Diese Leitlinien wollen Arbeitsplatzstrategien und Beschäftigungsmöglichkeiten für ArbeitsmigrantInnen fördern und Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen.

Die Integration von Migranten/-innen war für den Sektor ebenfalls ein wichtiges Thema, und Anfang 2016 veranstalteten EGÖD und RGRE ein gemeinsames Seminar in Berlin, um über Migration und die damit verbundenen Auswirkungen auf Jobs und Arbeitsbedingungen zu diskutieren; ein Bericht darüber wurde im Februar veröffentlicht. Im weiteren Verlauf des Jahres haben sie im Vorfeld des Internationalen Tags der Migranten gemeinsame Leitlinien für die Integration von Migranten/-innen in die Gesellschaft veröffentlicht.

Der EGÖD fordert mehr öffentliche Investitionen in öffentliche Dienste für Asylsuchende und gegen Privatisierungen. Diese Forderung nach mehr Investitionen war auch Thema eines Berichts, den die griechische Mitgliedsgewerkschaft ADEDY 2017 mit Hilfe von PSI veröffentlicht hat. Der Bericht beschrieb die verzweifelte Situation auf der Insel Lesbos sowie die fehlenden Ressourcen der öffentlichen Dienste. Ebenfalls 2017 veröffentlichten EGÖD und PSI einen Bericht über die Privatisierung und Auslagerung von Migrations- und Asyldiensten. Gemeinsam bei PSIRU in Auftrag gegeben, kommt der Bericht zu erschreckenden Erkenntnissen über die Haftbedingungen von Migranten/-innen.

Der Internationale Tag der Migranten am 18. Dezember ist ein wichtiger Kampagnentag, und 2015 haben EGÖD und PSI ihn genutzt, auf die Situation der Flüchtlinge hinzuweisen und Regierungen aufzufordern, die UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer zu ratifizieren und umzusetzen. Im darauf folgenden Jahr hat der EGÖD mit dem EGB und der Plattform PICUM für MigrantInnen ohne Papiere zusammengearbeitet und damit gezeigt, was Gewerkschaften leisten können, um MigrantInnen ohne Papiere zu organisieren und ihre Rechte zu verteidigen. Der EGÖD hat weiterhin eine gemeinsame Erklärung von EGB und PICUM unterstützt.

Bei der Arbeit zu den Themen Migration und Flüchtlinge ging es nicht nur um die Menschen, die aus Nordafrika und dem Nahen Osten zu uns kommen. 2015 haben EGÖD und PSI ein Rundtischgespräch in Armenien in Zusammenarbeit mit dem Büro für Tätigkeiten für Arbeitnehmer der Internationalen Arbeitsorganisation in Moskau veranstaltet, bei dem es um die Migration von Gesundheitsfachkräften aus Osteuropa und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung und die Personalbemessung ging.

Dem EGÖD war auch immer daran gelegen, die besondere Problematik für Frauen und Kinder zu thematisieren, die Migranten/-innen oder Flüchtlinge sind. 2016 hat der Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsfragen eine Erklärung über die Integration von Flüchtlingsfrauen in den Arbeitsmarkt angenommen. Im darauf folgenden Jahr hat der EGÖD mit PSI und 47 anderen Organisationen eine Erklärung unterzeichnet und damit Regierungen in EU-Ländern aufgefordert, die Festnahme von Kindermigranten/-innen zu unterlassen und Alternativen anzubieten, die zugänglich und verfügbar sind.

## Die wichtigsten Prioritäten

- **Europäische Institutionen und einzelstaatliche Regierungen müssen weiterhin für ihre Migrations- und Flüchtlingspolitik zur Verantwortung gezogen und nachdrücklich zu einer auf Menschenrechten und Solidarität beruhenden Politik aufgefordert werden;**
- **Weitere Kampagnen gegen Privatisierungen und für mehr öffentliche Investitionen in Migrations- und Asyldienste;**
- **Stärkung des UE Care-Netzwerks der EGÖD-Mitglieder für die Beschäftigten in Diensten für Flüchtlinge und Migranten/-innen und Entwicklung einer „Willkommenskultur im öffentlichen Dienst."**

Im **Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD)** sind Gewerkschaften aus ganz Europa vereint. Unsere acht Millionen Mitglieder sind in Kommunal- und Regionalverwaltungen, in staatlichen und europäischen Verwaltungen, in Gesundheits- und Sozialdiensten und in der Energie-, Entsorgungs- und Wasserwirtschaft beschäftigt.

Der EGÖD will Einfluss auf grundsatzpolitische Entscheidungen von Arbeitgebern, Regierungen und europäischen Institutionen nehmen, die sich auf Beschäftigte im öffentlichen Sektor, ihre Familien und ihre Gemeinden auswirken. Wir mobilisieren unsere Mitglieder für Aktionen und unterstützen mit unserer Arbeit den Wandel und die Entwicklung in Richtung eines anderen, sozialen Europas.

Die Verbesserung der Rechte, Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch eine starke Position in Kollektivverhandlungen und die Verteidigung des Streikrechts sind die wichtigsten Schwerpunkte unserer Arbeit.

Der EGÖD ist die Regionalorganisation der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) und Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Durch die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern im Rahmen des europäischen Sozialdialogs in der Elektrizitätswirtschaft, in den Krankenhäusern und im Gesundheitswesen, in der kommunalen, regionalen und staatlichen Verwaltung ist der EGÖD in der Lage, Vereinbarungen über beste Praktiken zu schließen und auf diese Weise das Arbeitsleben der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verbessern sowie die Qualität der Dienstleistungen für die Bürger/-innen zu gewährleisten.

Die Mehrheit unserer Mitglieder sind Frauen, und die Geschlechtergleichstellung ist ein zentrales Anliegen all unserer Tätigkeiten. Ob es um Verhandlungen mit Arbeitgebern über Frauenrechte am Arbeitsplatz oder um die öffentlichkeitswirksame Kritik am Skandal der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede geht - der EGÖD setzt sich immer aktiv für echte Gleichstellung ein.

Der EGÖD kämpft gegen die Praktiken der Steuerumgehung wohlhabender Personen und multinationaler Unternehmen, die unseren öffentlichen Finanzen schaden. Wir setzen uns für wasserdichte Ausnahmeregelungen für Leistungen der Daseinsvorsorge in internationalen Handelsabkommen ein, und wir verteidigen die Rechte von Migranten/-innen am Arbeitsplatz und im Kontext der Dienstleistungen, die unsere Mitglieder bereitstellen.

Der EGÖD bietet eine Plattform für unsere Mitglieder, die sich regelmäßig über beste Praktiken bei der gewerkschaftlichen Organisierung, der Mitgliederwerbung und der Durchführung von Kampagnen austauschen wollen.

Wir setzen uns mit unseren Kampagnen für solide finanzierte öffentliche Dienste ein, und unsere Mitglieder wissen, dass die von ihnen bereitgestellten Dienstleistungen kein gesellschaftlicher Kostenfaktor, sondern eine Investition in unsere Gemeinschaft sind Wir bringen diese Botschaft in das Herz Europas.

EPSU
EUROPEAN PUBLIC SERVICE UNION

FIGHTING FOR A FUTURE
FOR ALL
10TH EPSU CONGRESS 2019
4-7 JUNE 2019, DUBLIN

Der **EGÖD** ist der **Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst** und das größte Mitglied des EGB. Er vertritt 8 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in mehr als 260 Gewerkschaften. Wir organisieren ArbeitnehmerInnen in der Energie- und Wasserversorgung, in der Abfallwirtschaft, im Gesundheits- und Sozialwesen, in den Kommunalverwaltungen und in der staatlichen Verwaltung in allen europäischen Ländern einschließlich der östlichen Nachbarländer der EU. Der EGÖD ist die anerkannte Regionalorganisation der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD). Weitere Informationen über den EGÖD und seine Arbeit unter: **www.epsu.org**